

Fragestunde des Gemeinderates

Beginn: 12.18 Uhr

Ende: 13.27 Uhr

1) Verkehrssicherheit am Riesplatz

GR. **Pacanda** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Durch die zurzeit stattfindenden Umbaumaßnahmen am Riesplatz und Änderungen der FußgängerInnenübergänge und interimistischen Bushaltestellen kommt es im Bereich des Riesplatzes zu teils gefährlichen Situationen für alle VerkehrsteilnehmerInnen. Zurzeit muss man, um von der Straßenbahnhaltestelle 7 zur Bushaltestelle der Regionalbusse beziehungsweise der Buslinie 77 zu kommen, drei Schutzwege überqueren. Ursprünglich gab es einen direkten Schutzweg vom Riesplatz direkt zum gegenüberliegenden Café Leonhard, wo jetzt die Bushaltestelle sich befindet. Dieser wurde im Rahmen der Umbaumaßnahmen entfernt. Wenn aber bereits ein Bus im Haltestellenbereich steht, überqueren die FußgängerInnen die Riesstraße trotzdem direkt in diesem Bereich, um den noch wartenden Bus zu erreichen und wenn man die Taktung da draußen kennt, ist das relativ verständlich, den Bus noch zu erwischen.

Da zur Zeit die Verkehrslichtsignalanlagen ohnehin für alle Fahrzeuge auf rot stehen, wenn die Schutzwegampel zwischen den „Drei Goldenen Kugeln“ und dem Friedhof dementsprechend auf grün steht, wäre es sicher möglich, einen weiteren interimistischen FußgängerInnenübergang im Bereich des alten Schutzweges zu errichten, welcher mit allen Ampeln gleichgeschaltet sein könnte. Dies wäre bis zur

Änderung des Standorts und der Fertigstellung des Riesplatzes sicher für alle VerkehrsteilnehmerInnen eine sinnvolle und sichere Lösung.

Daher richte ich namens der Piratenpartei und aller interessierten Grazerinnen und Grazer an Sie folgende

F r a g e :

Können Sie sich vorstellen, am Riesplatz einen weiteren interimistischen FußgängerInnenübergang einrichten zu lassen, um die Verkehrssicherheit für die querenden FußgängerInnen zu erhöhen oder gibt es andere Vorschläge, die beschriebene Situation zu entschärfen?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ich habe die Ämter beauftragt, das noch einmal zu überprüfen. Folgende Antwort: Eine sichere ampelgeregelte Quermöglichkeit am Riesplatz ist vorhanden, aus verkehrs- und bautechnischen Gründen ist eine weitere Querung besonders im vorgeschlagenen Bereich nicht möglich. Eine kürzere Umsteigerelation von der Linie 7 auf die Linie 77 gibt es jedoch bei der Haltestelle Odilieninstitut, Klinikum Süd, also in der Leonhardstraße beziehungsweise Elisabethstraße, und wäre damit optimal und abgedeckt. Also keine Möglichkeit für eine zusätzliche Querung (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pacanda**: Wenn man regelmäßig diese Strecke fährt und mit den Leuten, die dort wohnen, auch spricht, erkennt man, dass die einerseits einfach die Angst haben, vielleicht doch den Bus nicht zu erwischen, das ist, glaube ich, auch die ursprüngliche

Problemstellung. Und daher die Frage, könntest du dir vielleicht vorstellen, dass du Kontakt mit den Holding Linien aufnimmst und da möglicherweise... eine Idee wäre auch eine Ansage in der Straßenbahn zu machen, dass die Leute definitiv nicht queren müssen beziehungsweise dass der Bus dementsprechend wartet und das auch mit den Busfahrern dementsprechend abzustimmen, weil wenn er klassisch in den Abendzeiten auch eintreffen, die Taktung relativ lang wird, dass wirklich auch der Bus auf die kommenden Straßenbahnen noch wartet und dass auch möglicherweise vielleicht durch eine Ansage oder vielleicht durch eine Hinweistafel darauf hingewiesen wird, dass man eben nicht schnell über die Straße laufen muss, um den Bus zu erwischen, sondern dass der Bus auch wartet und ich habe mir das selber vor Ort angeschaut, die Busse warten zwar ein wenig, aber wenn man sich den Weg wirklich anschaut, den man gehen muss, wäre es gut, wenn darauf hingewiesen wird und vielleicht die Busfahrer auch noch einmal darauf hingewiesen werden.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Nehme ich gleich in die nächste Sitzung mit meinen Ämtern mit und lasse das dann weitergeben, welche Möglichkeiten es da gibt. Ich meine, wir haben die Baustelle dort, das muss man halt mitberücksichtigen, das wird sich sicher alles sehr gut fügen, es werden auch Veränderungen vorgenommen werden in der Linienführung, gerade bei den Bussen, also interimistisch werden vielleicht sowas andeuten, aber die Lösung, die große, wird, wenn das alles fertig gebaut wird, da sein.

2) Erste Grazer Berufsmesse für geflüchtete Menschen

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc, BA stellt an StR. Ehmman folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc, BA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich darf folgende Frage an dich stellen: Man konnte lesen 70 Aussteller informierten 3.500 Besucherinnen und Besucher über 1.000 freie Stellen und Ausbildungsmöglichkeiten. Vor Ort fanden 900 Bewerbungsgespräche statt. Direkt nach der Job-Messe, die in Wien stattgefunden hat, und die Veranstalter diese Job-Messe in Wien haben mir berichtet, dass sehr, sehr viel an Gesprächen und Vermittlungen auch stattfinden konnte und nachdem wir in Graz, mit Großraum Graz, ungefähr 900 Asylberechtigte haben, die auch gerne arbeiten würden, ist es meiner Meinung nach wirklich sinnvoll zu schauen, ob so etwas in Graz nicht auch denkbar wäre und deswegen darf ich die

Frage

an dich richten, ob du mit deinem Referat für Arbeit und Beschäftigung schauen könntest, ob so eine Berufsmesse für geflüchtete Menschen in Graz möglich ist (*Applaus ÖVP*)?

StR. **Ehmann**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Martina! Du sagst es eh schon in deiner Anfrage, dass jeder Mensch, dem unser Arbeitsmarkt in Österreich offen steht, eine echte Chance haben soll, sich über Jobs informieren zu können und in Unternehmen oder mit Unternehmen zusammengebracht zu werden. Jedes Unternehmen, das offene Stellen hat und ein professionelles Miteinander sucht, soll mit Menschen an einen Tisch kommen, die gute Arbeit leisten und ein sicheres Einkommen beziehen wollen, da hast du vollkommen Recht, es geht um das Erkennen von Potentialen von Menschen durch geregelte Arbeit und Einkommen ihre Lebensqualität zu verbessern und ein würdiges Leben führen zu können. Das unterschreibe ich. Für mich gilt es aber in der Betroffenheit für alle Menschen, die

keiner Erwerbseinkommenstätigkeit nachkommen können und in der Arbeitslosigkeit sind, egal ob sie hier geboren sind oder nicht, und deshalb habe ich hier einen etwas anderen Zugang zur Integration, denn genau solche eine Veranstaltung, fürchte ich, in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung zur Zeit würde eher einen deintegrativen Aspekt beinhalten und nicht zur Integration, geschweige denn zur Inklusion führen. Denn Integration ist ja das gemeinsame Ganze oder Teil des gemeinsamen Ganzen und die Inklusion ist ja dann die tatsächliche Verbindung und das selbst bestimmte Leben untereinander. In weiterer Folge auch natürlich mit sinnstiftendem Leben, nämlich mit Arbeit. Daher ist es aus meiner Sicht wesentlich sinnvoller, die bestehenden Berufsmessen für geflüchtete Menschen besser zugänglich zu machen und es muss überlegt werden, wie wir diese Zielgruppe natürlich auch besser erreichen können, um ihnen Chancen, aber auch für Unternehmen Chancen bieten zu können und in diese Richtung habe ich schon Kontakt mit dem AMS aufgenommen, die ja Berufsinformationsmessen veranstalten, wo es hier eine Möglichkeit gäbe, hier das integrativ besser noch unterzubringen oder mit Schwerpunkten wie auch immer. Jedenfalls die Teilung von Bevölkerungsgruppen halte ich nicht für sinnvoll. Ich denke, wir haben hier auch schon seit längerer Zeit, wie du weißt, auch einen Austausch mit meinem Kollegen, Integrationsstadtrat Kurt Hohensinner, der das ebenfalls so sieht wie ich und da wurde meine Haltung auch durchaus klar zum Ausdruck gebracht und insofern tut es mir leid, aber ich werde das Referat für Arbeit und Beschäftigung nicht beauftragen, einen Startschuss für die erste Grazer Berufsmesse allein für geflüchtete Menschen zu eröffnen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc, BA: Wir sind ja alles andere Menschen und jeder Zugang bei den Arbeitsbereichen und auch was wir gerne arbeiten würden und so sind natürlich auch Menschen, die geflüchtet sind, eine ganz eigene Zielgruppe und brauchen natürlich auch einen eigenen Zugang. Da fängt es schon an mit dem Foto für den

Lebenslauf, das vielleicht nicht vorhanden ist oder überhaupt ein Lebenslauf, wie man den schreibt und braucht es eine ganz andere Begleitung. Wenn du nicht bereit bist, das Referat zu beauftragen, bist du bereit, mit den Veranstaltern, die das in Wien gemacht haben, Gespräche zu führen?

StR. **Ehmann:** Selbstverständlich ist das für mich kein Problem, einen derartigen Austausch zu führen, das halte ich auch für sinnvoll. Aber grundsätzlich ist für mich eine Erstellung eines Lebenslaufes mit Fotos usw., wie du es jetzt ausgeführt hast, nicht alleine davon abhängig, ob ich jetzt eine Berufsmesse rein für geflüchtete Menschen mache (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich unterbreche ganz kurz die Fragestunde, weil heute ein Gemeinderat ist und eine Persönlichkeit, die seit drei Jahrzehnten fleißig an unserer Seite mitgearbeitet hat, damit sich diese Stadt gut entwickelt, heute das letzte Mal da ist und ich ihn gerade sehe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um einen verdienten Amtsleiter, kurz genannt, den Herrscher über den öffentlichen Raum von Graz, offiziell in diesem Gemeinderatssaal auch zu verabschieden. Unser Abteilungsvorstand Herr Dipl.-Ing. Hrubisek wird in den wohlverdienten Ruhestand treten. Er hat immer gewusst, was er will, er ist ein Mann der Tat, er hat immer bewiesen, dass er Projekte, Aufträge, die er auch von uns erhalten hat, gut umsetzen kann, er ist ein Vollprofi. Soweit ich weiß, ist er im Jahr 1986, also vor 30 Jahren, in den städtischen Dienst eingetreten und ist seit 1989 zu Hause im Straßenamt. Er versteht zu leben, wir brauchen uns keine wirklichen Sorgen, glaube ich, machen, dass er einen Pensionsschock erleiden wird, vor allem dann nicht, wenn man seine Einladung zum Abschiedsfest bekommen hat. Ich möchte aber dem Herrn Dipl.-Ing. Hrubisek namens der Stadtregierung, namens des Gemeinderates und im Namen vieler Bürgerinnen und Bürger für diese drei Jahrzehnte tägliches Dasein, auch für die Bürgerinnen und Bürger, aufrichtig danken und habe noch die letzte Ausgabe gefunden und darf sie wieder überreichen. Alles Gute auf Ihrem weiteren Lebensweg, Sie haben Geschichte mitgeschrieben (*allgemeiner Applaus*).

Dipl.-Ing. **Hrubisek**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das war zuviel der Ehre, die Sie mir da angedeihen haben lassen, aber es stimmt, ich durfte über 30 Jahre diese heiligen Hallen hier betreten, 27 Jahre davon als Chef des Straßenamtes und durfte auch bei drei Stadträten, jetzt Stadträten, dienen. Derzeit einer ganz links außen und witzigerweise sitzen gleich zwei neben mir und Sie können sich vorstellen, dass ich hier in diesen über 30 Jahren einiges erlebt habe. Sehr lustige Dinge, weniger lustige auch natürlich, dann bin ich natürlich gescheiter geworden, viel gelernt, weil es ist auch sehr

viel Gescheites hier gesagt worden, manchmal auch nicht so Gescheites, aber wir haben was gemeinsam, wir Beamten, meine ich, und Sie als Politiker, wir haben beide einen Eid abgelegt, dass wir zum Wohle dieser Stadt unsere Arbeit verrichten. Wenn ich zurückblicke, ist es mir zum Großteil gelungen, muss ich dazusagen, auf das bin ich auch stolz und zwischendurch trifft man auch Entscheidungen, das machen ja auch Sie, die passen zwar im Moment, aber im Nachhinein stellt sich heraus, es hat nicht so hingehaut. Dazu muss man aber auch stehen. Ich für meinen Teil darf mich jetzt zurückziehen, Sie dürfen weiterarbeiten und Ihnen wünsche ich, dass Sie weiterhin weise und gute Entscheidungen treffen zum Wohle dieser Stadt und ihrer Bürger und Bürgerinnen und ich darf mich von Ihnen verabschieden und danke sagen (*allgemeiner Applaus*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Einer geht und drei kommen. Ich möchte Frau Dr.ⁱⁿ Andrea Fink, Frau Mag.^a Infeld-Handl und den Herrn Mag. Nigl als unsere neuen Abteilungsvorstände heute auch im Besonderen begrüßen und erwähnen. Schön, dass Sie diese Verantwortung übernommen haben (*allgemeiner Applaus*).

3) Zukunft für das sozialökonomische Projekt BAN

GR. **Luttenberger** stellt an StR. **Ehmann** folgende Frage:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat Ehmann, lieber Michael! Es war relativ wenig in den Medien zu lesen, aber die Beratungsstelle für Arbeitslose und Nichtsesshafte BAN gehört ja auch zu den sozialen Prunkstücken unserer Stadt, die gemeinsam mit dem Ökoservice seit 1983, mindestens seit 1983, ihre Tätigkeit tut zum Wohle vieler Bürgerinnen und Bürger, die entweder Arbeitslos oder Nichtsesshaft sind. In diesem Zeitraum haben viele hunderte Menschen dieses sozialökonomisches Projekt durchlaufen und nicht wenige haben auch danach Arbeit und Beschäftigung gefunden. Jetzt haben wir folgendes Problem: 2015 gab es einen negativen Eigenkapitalabfluss von minus 500.000 Euro, jetzt im September wurde vom Landesgericht beschlossen, in den nächsten Monaten ein Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung aufzustellen, das heißt, dass in den nächsten Wochen und Monaten versucht wird, hier die BAN, so heißt dieser sozialökonomische Betrieb/Verein, hier auf wieder bessere und gesunde Füße zu stellen. Dazusagen muss man auch, gefördert wird die BAN hauptsächlich vom AMS und vom Land Steiermark, aber auch die Stadt Graz hilft hier fallweise mit. Und es geht ja immerhin um mehr als hundert Beschäftigte, davon fast 50 Arbeitsplätze im Transitbereich und es wäre sehr schade und es wäre eigentlich genau das Gegenteil, was wir immer sagen, dass wir als Stadt hier eine soziale Verantwortung haben, wenn hier die BAN Schiffbruch erleidet. Ich meine, beim Sanierungsverfahren können wir eh nicht mithelfen, aber es geht immerhin darum, dass man mit der Geschäftsführung spricht und dass man eben hier gesteigertes moralisches Interesse zeigt.

Meine

F r a g e

an dich, Michael, wäre eben ganz einfach: Gibt es von deiner Seite ebenfalls Bemühungen mitzuhelfen, dem für die Stadt Graz so wichtigen sozialökonomischen Betrieb BAN eine Zukunftsperspektive zu ermöglichen? Danke (*Applaus KPÖ*).

StR. **Ehmann:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Kurt! Die Nachricht über das drohende Insolvenzverfahren von BAN hat uns im Sommer ziemlich überraschend getroffen. Die Leistungen, die BAN seit vielen Jahren für den arbeitsmarktpolitischen Bereich in Graz erbracht hat, sind auf jeden Fall nicht nur zu schätzen, sondern es ist auch zu erwähnen, dass seit dem Jahr 1986, wie es du schon angesprochen hast, sehr viele Langzeitarbeitslose sowie sozial benachteiligte Menschen in dem Projekt gearbeitet haben und betreut wurden. Das sozialökonomische Projekt an sich war auch immer Vorbild für viele andere Projekte in Graz, aber auch in der Steiermark. Tatsache ist, dass wir sozialökonomische Projekte und Betriebe in Graz dringend brauchen, damit Menschen durch ihre Anstellung bei diesen Projekten wieder Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden können. Wir brauchen die sozialökonomischen Projekte und die Transitarbeitsplätze in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation und deshalb schmerzt es natürlich besonders, was hier passiert ist. Aber nun zu deiner Frage. Insgesamt muss man schon festhalten, leider hat BAN sehr kurzfristig informiert, also ich kann es aus eigenen Bereichen sagen, ich wurde über eine Freundin eines Mitarbeiters über Facebook über die Situation informiert. Wir haben daraufhin natürlich sofort reagiert und auch mit Betriebsrat usw. Kontakt aufgenommen, auch die Geschäftsführung kam nachher zu uns ins Büro und wir haben diesbezüglich Gespräche geführt. Du hast es schon angesprochen, die BAN stellen grundsätzlich den arbeitsmarktpolitischen Betrieb dar und arbeiten aber in erster Linie mit AMS-Fördermittel. Laut AMS-Auskunft werden die Zielgruppenplätze durch neue Projekte ersetzt und auch durch andere Betriebe aufgefangen. Die erste Gläubigersitzung steht ja kurz bevor, wo die Gläubiger Informationen darüber erhalten, wie sie die ausstehenden Förderungen geltend

machen können. Nachdem das Sozialamt, Referat für Arbeit und Beschäftigung, eine Co-Finanzierung bei einem in Kooperation mit dem Land Steiermark durchgeführten EU-Projekt zur niederschweligen Beschäftigung in den steirischen Regionen eingebracht hat, wird natürlich auch die Stadt Graz an dieser Sitzung teilnehmen. In Abstimmungstreffen mit den anderen Fördergebern wird das Referat Arbeit und Beschäftigung immer eingebunden sein und ich denke, wir müssen einmal anschauen, wie das Verfahren jetzt läuft, aber selbstverständlich liegt uns auch daran, weiterführen zu können, weitererhalten zu können, wenn möglich, wir werden das im Verfahrensverlauf dann noch weiter beobachten und sehen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Luttenberger:** Lieber Michael! Ich möchte mich für die Auskunft bedanken, das beweist, dass ihr da eingebunden seid. Ich habe bei der vorigen Anfrage mitbekommen, dass du ja doch regelmäßig auch mit dem AMS in Verbindung stehst und da hätte ich eben meine Zusatzfrage. Es geht um die Verweildauer von Transitarbeitskräften. Wie ich vor zehn Jahren begonnen habe zu arbeiten in Projekten, war die Verweildauer neun, zwölf, 16, 24 Monate und jetzt ist sie auf drei bis sechs Monate reduziert worden und das ist ein Problem. Weil da kommt ein Teilnehmer hinein in ein Projekt, der kann sich nicht einmal richtig eingewöhnen und ist schon wieder weg, und man soll ja auch dann Vermittlungsquoten erzielen. Also ich halte das für sehr bedenklich und ich wollte dich und würde dich gerne bitten, dass du hier auch mit dem AMS sprichst, hat auch mit BAN zu tun (*Applaus KPÖ*).

StR. **Ehmann:** Lieber Kurt, sehr gerne, ich muss sagen, persönlich auch von meiner Einstellung her, mir wäre es auch lieber, dass es eine längere Verweildauer gäbe. Aber diese Regelung betrifft ja jetzt nicht ausschließlich BAN, sondern alle

sozialökonomischen Projekte und daher würde ich jetzt aber in diesem Sinn quasi deinem Wunsch folgen inhaltlich, aber keinen Zusammenhang zur Insolvenz herstellen können, denn auch andere sozialökonomische Betriebe arbeiten nach diesem Modell und sind jetzt nicht alle von Insolvenz bedroht (*Applaus SPÖ*).

4) Raumsituation der Nachmittagsbetreuung Ferdinandeum

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Situation im Ferdinandeum ist räumlich eine sehr schwierige. Erstens sind drei Schulen an einem Standort, zwei neue Mittelschulen und eine Volksschule zusammen und zweitens haben wir natürlich in der Innenstadtlage das Problem, dass Ausbauten, Vergrößerungen sehr, sehr schwierig sind. Das heißt, die Situation ist insgesamt auch tagsüber schon relativ schwierig oder am Vormittag schon relativ schwierig. Besonders heikel wird es allerdings in der Nachmittagsbetreuung dadurch, dass die meisten Räume für Musikunterricht, wir haben ja dort auch den Schwerpunkt Musikunterricht, genutzt werden, ist für die Nachmittagsbetreuung räumlich kaum mehr Platz und zum Teil sind alle Kinder der Nachmittagsbetreuung, und meinen Informationen nach sind es bis zu 100 Kinder derzeit, auf engstem Raum zusammen. Ausweichmöglichkeiten nach draußen gibt es ja bekanntermaßen auch nicht, es gibt den Innenhof und dann befindet man sich bereits im öffentlichen Raum, da immer wieder auch versucht worden ist, benutzt zu werden, aber es ist relativ schwierig und wird von den Lehrerinnen und Lehrern auch nicht sehr gerne angenommen. Abgesehen natürlich, dass es nicht bei jedem Wetter möglich ist. Es wurde und es sind eben einige Eltern auch sehr besorgt, speziell von Kindern, die noch sehr jung sind und die gerade vom Kindergarten in die Schule

gewechselt sind und zum Teil auch ein bisschen schockiert jetzt sind über die Situation in der Nachmittagsbetreuung im Vergleich zur Situation im Kindergarten, haben sich auch an uns gewandt und haben gemeint, es sei ihnen vor dem Sommer noch zugesagt worden, dass es weitere Räume geben soll oder speziell einen weiteren Raum, der ist jetzt zu Schulbeginn aber nicht da gewesen, und meine

F r a g e

an dich ist jetzt: Welche Maßnahmen sind geplant, um die von den Eltern beklagte schwierige Raumsituation in der Nachmittagsbetreuung der Volksschule Ferdinandeum möglichst rasch zu verbessern (*Applaus SPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Die Nachmittagsbetreuung entwickelt sich rasant, das ist auch notwendig, weil sich die Bedürfnisse der Familien in den letzten 20 Jahren verändert haben. Gerade in der Stadt entwickelt sich das so, dass wir pro Jahr um acht Prozent mehr Nachmittagsgruppen anbieten können beziehungsweise wir haben auch einen Zuwachs von Ganztagsformen in der verschränkten Variante. Du sprichst an Ferdinandeum, du weißt, dass ich ziemlich mit allen Schulen, eigentlich mit allen Schulen, im regen Austausch bin und das Ferdinandeum ist eine Innenstadtsschule, deswegen sind wir räumlich auch etwas begrenzt. Aber wir haben geschaut, gerade in zwei Situation zu unterstützen, einmal, du hast es angesprochen, gibt es einen kleinen Pausenhof, das ist der Innenhof, aber da waren wirklich alle bemüht, das Straßenamt und viele andere Abteilungen, dass wir einen zusätzlichen Freiraum schaffen und zwar am Färberplatz steht dieser zusätzliche Freiraum jetzt seit einigen Monaten zur Verfügung. Der Bürgermeister war auch vor Ort, wie dieser zusätzliche Pausenraum eröffnet wurde. Ich weiß nicht, ob du das

weiß, es wird auch mit Bändern abgesperrt, dass da nichts passieren kann, dass die Zulieferer da keine Gefahr darstellen, also das ist schon einmal wirklich ein wichtiger Schritt, der gesetzt wurde. Einen weiteren Schritt haben wir noch vor dem Sommer eingeleitet, weil ich war ja auch vor Ort in der Schule, um genau diese Thematik zu besprechen und wir haben es jetzt geschafft, weil das Reformhaus aus diesem Gebäude ausgezogen ist, dass die GBG genau diese Räumlichkeiten auch der Schulnutzung zugeführt hat und diese denkmalgeschützten Räumlichkeiten wurden über den Sommer umgebaut, leider ist es nicht ausgegangen, dass wir wirklich punktgenau mit Schulbeginn die Räume bereitstellen können, aber ich kann dir zusichern, dass mit Anfang Oktober hier beide Räumlichkeiten bereitstellen im Ausmaß von 110 m². Zusätzlich wird ein Raum bereitgestellt für die Schulsozialarbeit. Ich hoffe, dass du mit dieser Information was anfangen kannst und dass du diese Info den Eltern auch weitergeben könntest bitte (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Danke, das mache ich gerne, gebe ich gerne weiter. Eine Möglichkeit, die sich schon auch noch aufbauen würde ist, wenn es schon räumlich knapp ist, zumindest personell ein wenig aufzubessern. Derzeit ist hier die Situation, dass 25 Kinder, das ist auch die gesetzliche Obergrenze, schon klar, aber diese Obergrenze wird auch ausgeschöpft, also 25 Kinder pro Betreuerin, was natürlich die Spielräume ein wenig beengt, würde ich einmal sagen und mit zusätzlichem Personal in der Freizeitbetreuung könnte man hier natürlich auch wieder die Situation entlasten und mehr im pädagogischen Schaffen, indem eine Gruppe woanders hinget zum Beispiel oder einen Ausflug macht und da gibt es jetzt erfreulicherweise sowohl vom Bund zusätzliche Mittel, nämlich 9.000 Euro pro Gruppe, und auch vom Land Steiermark ganz aktuell die Möglichkeit, das nennt sich Zweckzuschuss, ich muss das ablesen, Zweckzuschuss zu Personalkosten im Freizeitbereich, auch 9.000 Euro pro Gruppe, das heißt, hier gäbe es schon die Möglichkeit, auch mit diesen Förderungen,

die eben abzuholen sind, personell ein wenig Spielräume zu schaffen und daher meine Frage: Bist du bereit beziehungsweise wirst du auch diesen Bedarf, der ist nämlich bis Anfang Oktober zu melden, wirst du diesen Bedarf auch beim Land melden und hier weiter noch zur Entschärfung der Situation beitragen (*Applaus SPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Also freilich, die Bundesförderung die ist uns ja schon ein bisschen länger bekannt gewesen und da sind wir auch in Vorbereitung, dass wir spezielle Angebote in der Sprachförderung und im Sportbereich bereitstellen werden, da arbeiten wir auch mit der Sportunion zusammen. Was die Landesförderung betrifft, war es leider so, dass die zuständige Landesrätin mir diese Information erst bei einem Mittags-Gespräch Anfang September mitgeteilt hat, andere Gemeinden haben diese Information schon vor dem Sommer bekommen und die Stadt Graz hat das Erfordernis, dass solche Projekte halt auch ausgeschrieben werden müssen, wenn man das im Gesamten bereitstellt. Wir schauen jetzt, wie wir das zusammenbringen, dass wir die Landesförderung auch noch in Anspruch nehmen können. Aber meine Bitte ist, zukünftig, wenn das Land so eine Förderung ausschüttet, dass wir das wirklich ehestmöglich auch erfahren, dass man wirklich das ganze Geld in Anspruch nehmen können (*Applaus ÖVP*).

5) Schulausbauprogramm

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Es geht um das Thema Schulausbauprogramm. Rechtzeitig zum Schulbeginn war das Grazer Schulausbauprogramm im Mittelpunkt der lokalen Berichterstattung. Unter anderem

wurden auf Grazer Stadtgebiet vier neue Schulen eröffnet, denn man rechne mit einer Erhöhung von zumindest 250 Schülern jährlich. Während nun ländliche Gebiete mit zahlreichen Schulschließungen konfrontiert sind, werden im urbanen Ballungsraum Graz zusätzliche Schulen errichtet.

In Zusammenhang mit den deutlich rückläufigen Geburtenzahlen der dafür relevanten Jahre ist jedenfalls von Interesse, welche bevölkerungsstatistischen Fakten die Grundlage für das millionenschwere Schulausbauprogramm bilden.

Daher richte ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e :

Mit wieviel Mehraufkommen durch zugezogene Personen aus dem In- und Ausland wurde gerechnet, respektive welche konkret vorliegenden Zahlen, die eine derartige Entwicklung belegen könnten, sind die Grundlage dafür, um millionenschwere Schulausbaumaßnahmen gegenüber dem Grazer Steuerzahler zu rechtfertigen (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Der Bedarf, welche Schulplätze wir in der Zukunft brauchen, wird pro Quartal von uns ganz genau angeschaut. Von uns, heißt nicht nur, meine Abteilung, sondern da sind auch einige andere Abteilungen miteinbezogen und wir orientieren uns nach zwei Fakten. Einmal, der erste Fakt ist, wieviel Kinder unter sechs Jahren sind bereits in unserer Stadt, null bis fünf, weil diese Kinder ja, das ist so gut wie sicher auch einen Bildungsplatz bei uns in Anspruch nehmen und da nehmen wir die ZMR-Daten her und der zweite Fakt ist, dass es eine prognostizierte Jahresbevölkerungszuwachszahl gibt, die nehmen wir her, aber auch nicht ungeprüft,

sondern wir schauen auch, dass wir mit der Stadtbaudirektion uns ganz genau ansehen, wo entstehen in Graz größere Siedlungen und da gibt es einen Abgleich und durch diese zwei Fakten haben wir auch die 250/260 Schulplätze beziehungsweise Bildungsplätze errechnet. Und mit 14. September haben wir im aktuellen Schuljahr 2015/2016 bereits 2.280 Erstklassler. Das heißt, 241 Kinder mehr als im Schuljahr davor und diese Zahl erhöht sich erfahrungsgemäß noch in den nächsten Wochen bis zum Stichtag 1. Oktober und zusätzlich kommen dann auch noch Schüler in den Privatschulen dazu. Aber diese Privatschüler sind für unser Schulausbauprogramm eigentlich nicht relevant. Aber du siehst, der Vergleich der Prognosezahl und der tatsächlichen Zahl also das stimmt überein und ich bedanke mich bei allen Abteilungen der Stadt Graz, dass wirklich so sorgfältig in die Zukunft geblickt wird, dass jeder Euro, den wir in die Bildung investieren, ein gut angelegter Euro ist (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Es ist nicht alles Gold, was glänzt, punkto Euro. Wenn man jetzt die geburtenschwachen Jahre hernimmt und den angesprochenen Geburtenrückgang, der von dir genannte Zuwachs, wodurch begründet sich der jetzt?

StR. **Hohensinner**, MBA: Also Frau Gemeinderätin, die FPÖ schafft es wirklich, bei jedem Thema irgendwann einmal beim Thema Flüchtlinge herauszukommen, das habt ihr auch bei den Eichkatzerln oder Eichkatern geschafft. Fakt ist, dass wir als Stadt Graz gesetzlich auch den Auftrag haben, für alle schulpflichtigen Kinder einen Platz bereitzustellen und ich sage dir eines, dass meine vollste Überzeugung auch diese ist, dass wir allen Kindern, die rechtmäßig sich da in Graz aufhalten, wirklich die beste Bildung anbieten wollen, egal ob sie ursprünglich aus Oberzeiring, Graz oder Aleppo sind, weil diese Kinder auch zukünftig in unserer Stadt leben werden und wenn wir

ihnen keine Bildungskarriere ermöglichen, dann werden sie auch keinen Jobeinstieg schaffen und dann züchten wir uns wirklich soziale Probleme von morgen und ich hoffe, dass ihr nicht an solchen Problemen interessiert seid. Aber ich möchte noch eines ansetzen, du weißt, 2014 bin ich als Bildungsstadtrat gekommen, wir haben dieses Ausbauprogramm im März 2014 beschlossen, das war noch weit vor der Flüchtlingswelle und damals haben wir schon die 250 Kinder errechnet. Also nur so viel dazu, dass ihr jetzt wieder alles darstellt, dass wir nur auf Grund der Flüchtlingswelle diese Bildungsplätze brauchen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Kahr übernimmt um 12.55 Uhr den Vorsitz.

6) Bebauungsplanpflicht

GR. **Dreisiebner** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In Graz ist unbestritten ein hohes Ausmaß an Bautätigkeit, es ist jetzt auch über Bevölkerungsentwicklung usw. schon im Vorfeld gesprochen worden. Wir versuchen natürlich in der Raumordnung, in der Stadtplanung, das mit den dementsprechenden Werkzeugen, etwa dem Stadtentwicklungskonzept und Flächenwidmungsplanung usw., zu ordnen. So gibt es in Neubaugebieten dementsprechende Bebauungsplanpflichten und Notwendigkeiten, Bebauungspläne zu erlassen, bevor gebaut werden kann, es gibt aber auch in den Bezirken, wo Altbestand ist, laut § 26 Abs. 26 im 4.0 STEK zum Schutz und zur Revitalisierung von Innenhöfen und Vorgärten in geschlossenen

Siedlungsbereichen eine Bebauungsplanpflicht. Jetzt wird auch hier entsprechend oft umgebaut, ausgebaut, aber auch Neubauten gemacht und oftmals kommen AktivbürgerInnen, NachbarInnen usw. auf mich, wahrscheinlich auch auf andere Kolleginnen und Kollegen, zu und fragen nach, welche Gründe es hier gibt, dass man was bauen kann, dass man dementsprechend keinen Bebauungsplan und Ähnliches mehr vorfindet, obwohl diese Pflicht im Deckplan 1 des dritten Flächenwidmungsplanes wie auch im aufgelegten vierten vorkommt und für jeden einsehbar ist. Da es diese Fälle scheinbar gibt, so wie ich das zumindest interpretiere, darf ich an Sie, Herr Bürgermeister, in Ihrer Funktion als Stadtplanungsreferent die

F r a g e

stellen: Welche Umstände beziehungsweise Voraussetzungen im Falle eines Bauansuchens für einen Neubau müssen gegeben sein, damit von der im 4.0 Stadtentwicklungskonzept im § 26 Abs. 26 festgelegten Bebauungsplanpflicht für "Schutz und Revitalisierung von Innenhöfen und Vorgärten in geschlossenen Siedlungsbereichen" seitens der befassen Abteilungen, also der Abteilung für Stadtplanung, abgegangen werden kann (*Applaus Grüne*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich freue mich über die besondere Aufmerksamkeit, die ich hier bekomme, weil die Frage wäre eigentlich an die Frau Stadträtin Elke Kahr zu richten. Da es im Ermessen der Bau- und Anlagenbehörde liegt, ob für den Abschluss eines Bauverfahrens in den angesprochenen Bereichen die vorherige Erlassung eines Bebauungsplanes erforderlich ist oder nicht. Sie sagen ja selbst, dass die anzuwendende Regelung sich sowohl im dritten aufrechten Fläwi-Plan sich im § 4 Absatz 2 findet als auch in unserem Entwurf zum vierten Flächenwidmungsplan, auch hier ist es im Übrigen wieder § 4 Abs. 2. Und sie besagt, dass im Deckplan 1 des Fläwi

festgelegten Gebieten grundsätzlich Bebauungsplanpflicht besteht. Dies jedoch, und jetzt kommt ein Zitat: „mit der Maßgabe, dass bei der Schließung von Baulücken und bei Zubauten ein raumplanerisches Gutachten genügt.“ Erkennt also die Behörde, dass dieser Fall, nämlich die Schließung einer Baulücke, und das ist es ja in vielen Fällen, vorliegt, so ersucht sie das Stadtplanungsamt um Erstellung eines städtebaulich, raumplanerischen Gutachtens. Also auch da kann man den besorgten Bürger oder der besorgten Bürgerin dann sagen, dass in diesem Fall dann die Expertinnen/Experten des Stadtplanungsamtes kommen und hier vorschreiben, wie denn dieses Gebäude letzten Endes auch auszusehen hat, das wiederum ist dann natürlich im Bauverfahren zu würdigen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner:** Das ist jetzt natürlich im Sinne der AnwohnerInnen, der NachbarInnen, vor allem das Ganze dann mit Dichteüberschreitungen usw. verbunden ist und im Sinne der Ziele des Stadtentwicklungskonzeptes, nicht nur eine gute Nachricht, wer die Entkernung beziehungsweise Begrünung oftmals Freimachung von Einbauten, Stellplätzen usw. von Innenhöfen dadurch sehr abgeschwächt werden könnte und meine Frage: Sind Sie bereit, hier mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in den Abteilungen beziehungsweise mit der Frau Vizebürgermeisterin oder sehen Sie da eine Möglichkeit, eine Verschärfung im Sinne einer gedeihlichen Entwicklung, eine bauqualitativen Entwicklung zu erreichen, weil es ja oft wirklich sehr geringe Abstände gibt, gerade in diesen Bereichen der innenstadtnahen Besiedlungen, der gewachsenen Siedlungen und wir hier unter Umständen nicht die Qualitäten erreichen können, die wir eigentlich beabsichtigen, wenn man das Stadtentwicklungskonzept etc. durchliest.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, jetzt sind Sie auch mit im Raumordnungsausschuss und ich glaube, wir haben uns ja des Öfteren schon damit beschäftigt und was schreiben wir hinein? Wir haben jetzt auch beim Fläwi-Plan vier ja gemeinsam vor, dass wir Bebauungspläne in viel mehr Gebieten ausweisen, als das bisher der Fall war, weil wir es leider Gottes als einziges Instrument haben, nachdem es diese landesgesetzlichen Regelungen gibt, die uns nicht gefallen, da haben wir eh schon Petitionen geschickt, das betrifft die Gangflächen, die nicht dazugerechnet werden, das betrifft immer die höchste Ausnützung der Baudichte, die da ist. Also haben wir gesagt, ein Instrument, mit dem wir noch ein bisschen bewegen können, sind Bebauungspläne. Jetzt gibt es Gebietskörperschaften und Städte wie Salzburg, die haben das, glaube ich, gleich über die ganze Stadt drübergelegt. Waren dann, glaube ich, sehr unglücklich darüber und das, was Sie hier beschreiben, ist ja genauso ein Grenzfall. Da geht es jetzt genau darum, dass wir gesagt haben, wenn wir Bebauungspläne auch verordnen, wird zwischendurch der eine oder andere kommen, der einen kleinen Zubau hat oder der eine Lücke schließt und deswegen dann das ganze Gebiet wieder mit einem Bebauungsplan neu aufzuarbeiten, auch mit der langen Verfahrensdauer, wollten wir ein bisschen unbürokratischer lösen und deswegen glaube ich, können wir uns im Rahmen des Fläwi-Planes auch noch einmal unterhalten, wie man mit dem Thema umgeht. Ich glaube, dass gerade, wenn es um die Innenhöfe geht, da vermehrt Augenmerk darauf bleiben muss, aber ich vertraue durchaus auch dem Herrn Dipl.-Ing. Inninger und seinem Team jetzt, dass sie bei der Erstellung dieser notwendigen städtebaulichen Gutachten dann auch der Behörde sagen, wie es auszusehen hat. Also ich bin nicht ganz so misstrauisch jetzt in Richtung unserer Beamtenschaft. Ich glaube, das wird ganz gut laufen. Vielleicht gibt es den einen oder anderen Fall, dann sollten wir uns ihn anschauen. Ich habe jetzt keinen konkreten, aber ich glaube, das war genau der Versuch, immer zu schauen, wollen wir überbürokratisch mit langen Verfahren dann alles zumachen und deswegen gibt es ja diesen Ausnahmeparagraphen, über den können wir gerne noch einmal reden. Vielleicht gibt es ein paar konkrete Fälle, wo man das auch mit den Experten noch einmal besprechen, weil ich glaube, wir haben schon

die Chancen, auch ich als zuständiges Stadtsenatsmitglied, aber der Bernhard Inninger, der Baudirektor, wir haben schon die Chance, da unser Augenmerk daraufzulegen, wenn es da um zu große Gebäude geht. Was die Überschreitung von Baudichten anbelangt, haben wir sowieso andere Regelungen, die dann da dann da drankämen. Aber wenn es einen konkreten Fall gibt, dann bitte Direttissima, Herr Gemeinderat (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.00 Uhr den Vorsitz.

7) Geschwindigkeitsbeschränkung in der Körösisstraße

GR. **Haberler**, MBA stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Haberler**, MBA: Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer auf der Galerie, sehr geehrter Herr Stadtrat Mario Eustacchio! Sie haben Anfangs dieser Gemeinderatsperiode Verfehlungen bei Entscheidungen über Verkehrsmaßnahmen gerade der vorangegangenen Ressortführung angeprangert und korrigiert.

Dies betraf unter anderem die Geschwindigkeitsbegrenzung in der Marburger Straße. Als Begründung für die Beibehaltung der verordneten Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in der Marburger Straße wurde damals unter anderem der vermehrte Radfahrerverkehr ins Treffen geführt.

Es gibt aber auch andere Straßen in Graz, welche meines Erachtens ähnlich gelagert sind. Die Körösisstraße ist ein solches Beispiel. Dort besteht allerdings ein Radweg,

welcher parallel dazu geführt wird, andererseits existiert dort aber auch eine Schule, welche im unmittelbaren Umfeld auf jeden Fall eine Geschwindigkeitsbegrenzung rechtfertigt – so wie bei anderen Schulen auch. Doch frage ich mich, was ist mit dem übrigen Straßenzug?

Deshalb stelle ich an Sie, geschätzter Herr Stadtrat, folgende

F r a g e :

Sind Sie bereit, die Situation in der Körösisstraße zwischen der Fischergasse und der Grabenstraße einer Prüfung zu unterziehen und gegebenenfalls verordnete Geschwindigkeiten einer Änderung zuzuführen (*Applaus ÖVP*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Stefan! Wir haben gestern kurz geplaudert. Die Sachlage war die, das Aufheben der 30 km/h-Beschränkungen auf Vorrangstraßen ist jetzt nicht direkt durch mich erfolgt, sondern aufgrund eines Gerichtsbeschlusses, weil jene, die eine Strafe erhalten haben, die zu schnell waren in dieser 30er-Zone, dagegen berufen haben und ihnen Recht gegeben wurde. Wir haben nur damals dann alle anderen Situationen, wo das auch verordnet gewesen ist, aufgehoben. Die Situation Körösisstraße hat sich mir bis jetzt nicht dargestellt, ich habe auch aus diesem Bereich noch nie Probleme gehört, habe aber bereits dem Straßenamt das übergeben, dass sie das überprüfen und natürlich analog zu führen haben, wie wir es ja in allen anderen Straßenabschnitten gemacht haben und machen müssen, es ist ja keine freiwillige Geschichte, sondern machen müssen, habe es schon weitergegeben und wird natürlich auch dementsprechend umgesetzt werden (*Applaus FPÖ*).

8) Renovierung der Überdachung des Bauernmarktes am Hofbauerplatz im Bezirk Eggenberg

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, Kollegen und Gäste, sehr geehrter Herr Stadtrat! Der Bauernmarkt am Hofbauerplatz ist ein wichtiger Nahversorger mit frischen, regionalen Produkten der Bäuerinnen und Bauern aus der Umgebung von Graz und wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Leider ist die mit Betonsäulen konstruierte Überdachung des Bauernmarktes mittlerweile sehr renovierungsbedürftig. Da der Beton der Säulenkonstruktion an verschiedenen Stellen langsam abbröselt, ist diese Dachkonstruktion bei Schlechtwetter undicht und die MarktstandlerInnen müssen sich deshalb mit anderen Mitteln vor dem Regen schützen. Darüber hinaus besteht natürlich, langfristig gesehen, die Gefahr, dass die Dachkonstruktion nicht mehr ausreichend stabil ist.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

F r a g e :

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren und prüfen zu lassen, welche Maßnahmen und Kosten zur Renovierung der tragenden Betonsäulen der Überdachung des Bauernmarktes am Hofbauerplatz erforderlich sind, um sie möglichst zeitnah in Auftrag geben und umsetzen lassen zu können (*Applaus KPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Gemeinderätin, danke für die Anfrage. Die Geschichte ist bereits im Laufen, die ersten Schritte zur Renovierung beziehungsweise Sanierung der Überdachung am Hofbauerplatz wurden bereits gesetzt. Es gibt auch schon eine erste Kostenschätzung der Renovierungsarbeiten, diese sollen sich laut aktuellem Stand auf rund 250.000 Euro belaufen. Des Weiteren ist anzumerken, dass die Überdachung des Hofbauerplatzes unter Denkmalschutz steht, das gesamte Gebäude ist unter Denkmalschutz und daher auch eine dementsprechende Stellungnahme der Denkmalschutzkommission notwendig ist und diese noch ausständig ist. Also wir sind dran, Sie wissen eh, wie diese Wege gehen. Grundsätzlich wäre es überhaupt schön, das Ganze abzutragen, was Neues hinzubauen, aber das lässt natürlich der Denkmalschutz nicht zu, nehme ich einmal an, aber die Stellen, die diversen, die dafür verantwortlich sind, sind bereits am Arbeiten (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Herzlichen Dank, das freut sicher viele, dass das schon in Angriff genommen wird. Danke (*Applaus KPÖ*).

9) Verkehrssicherheit im Bereich Liebenauer Hauptstraße/Bushaltestelle Leberackerweg

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, liebe Damen und Herren auf der Bühne! Bushaltestelle Leberackerweg, dort ist ein großes Einziehungsgebiet, dort sind sehr viele Wohnbauten, dort sind sehr viele Menschen, sehr viele Kinder hingezogen und es ist irgendwo ein unbefriedigender Zustand, weil eben dort eine Bushaltestelle

installiert wurde ohne begleitende Verkehrssicherheitsmaßnahme, weder in Form einer Druckampel oder eines Zebrastreifens. Es hat Straßensperren gegeben, es hat Bürgerversammlungen gegeben, es hat Initiativen aus dem Bezirksrat gegeben, nichts ist passiert und jetzt frage ich Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat: Was gedenken Sie zu tun, um diese leidliche Situation zu lösen (*Applaus SPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Gemeinderätin! Mai 2012 hat sich die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit mit dem Thema befasst. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit wurde beauftragt, eine Untersuchung der Situation vorzunehmen, die Untersuchung wurde im September 2012 durchgeführt. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit ist damals zum Schluss gekommen, dass im Bereich Liebenauer Hauptstraße/Leberackerweg die Voraussetzungen für die Anlegung eines Schutzweges bei weitem nicht erreicht wurden. Nachzulesen im Protokoll der Arbeitsgruppe vom 19.10. Aber, wie Sie richtig angeführt haben, in der Zwischenzeit haben massive Bautätigkeiten stattgefunden, aufgrund dieser Bautätigkeiten hat sich die Projektgruppe Verkehrssicherheit vor kurzem wieder mit dieser Thematik befasst und es werden derzeit Erhebungen durchgeführt, die genaue, auch von Ihnen geforderte Maßnahmen zum Ziel haben. Ich kann Ihnen heute noch nicht sagen, wie die Maßnahmen aussehen werden. Aber nur versichern, dass die Verkehrssicherheitsgruppe sich mit der Thematik schon auseinandersetzt (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Dann frage ich Sie, Herr Stadtrat, warum Sie am 21.6.2013 dem Herrn Bezirksvorsteherstellvertreter Dorner schriftlich mitgeteilt haben, dass im Zuge der Umbauarbeiten in der Liebenauer Hauptstraße eine Verkehrsberuhigung angedacht ist

und dass dies auch in der Bürgerversammlung beziehungsweise Bezirksversammlung den Bürgern mitgeteilt wird (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Das ist ja auch korrekt. Im Zuge des Errichtens des Südgürtels wird ja die Liebenauer Hauptstraße grundsätzlich neu überdacht und verschiedene Maßnahmen festgesetzt werden und da ist das eine der Maßnahmen (*Applaus FPÖ*).

10) Gemeindewohnungen – Aufschlüsselung nach Herkunftsländern

GR. Mag. **Moser** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR. Mag. **Moser**: Werte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich frage Sie betreffs Gemeindewohnungen, Aufschlüsselung nach den Herkunftsländern. Sehr geehrte Frau Stadträtin! Die derzeit äußerst angespannte Lage im Bereich des sozialen Wohnraums – vor allem lange Wartefristen von bis zu zwei Jahren – verlangt über kurz oder lang nach Lösungsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang fordern Sie unter anderem eine Aufstockung des Kautionsfonds, um den Zugang zu Gemeindewohnungen für Wohnungswerber überbrücken zu können. Jedenfalls bedeutungsvoll für die Erarbeitung zukünftiger Strategien im kommunalen Wohnungsbau ist die Kenntnis über die statistische Ausgangslage.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Auf welche Herkunftsländer verteilen sich zahlenmäßig die Mieter der rund 11.500 Gemeindewohnungen (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich möchte nur zwei Anmerkungen zum Motivenbericht sagen. Dass wir mehr Gemeindewohnungen brauchen, das ist etwas, das ist etwas, was ich, seit ich zuständig bin für dieses Ressort, hier nicht nur immer wieder betone, sondern sozusagen auch erfreulicherweise in der letzten Periode und auch durch Anstrengungen in dieser Periode uns gelungen ist, hier doch durch das Sonderwohnbauprogramm eins und das zweite Programm jetzt weiterzukommen, das ist die einzige richtige Antwort, um Menschen die sozial erschwinglichen Wohnraum brauchen, auch weiterzukommen. Weil Sie gesprochen haben von den langen Wartezeiten. Seit 2006, wo ich jetzt zuständig bin für das Wohnungsamt, sind die Wartezeiten für eine Gemeindewohnung gleich. Es heißt, bis zwei Jahre, aber wir können auch Familien und Personen, die in Notsituationen sind, sogar in vier und fünf Monaten wohnversorgen. Also das muss man schon auch dazusagen, sie sind nicht länger geworden, sondern sie sind gleich geblieben und in Notfällen ist es selbstverständlich so, dass sie auch früher wohnversorgt werden können. Der Kautionsfonds, den Sie angesprochen haben, den haben wir 2010 eingeführt und dient vor allem einer Erleichterung am privaten Wohnungsmarkt bei den Einstiegskosten. Das heißt, wenn jemand eine Kautions erhalten hat von der Stadt Graz, muss er natürlich, er oder sie, wenn er wieder ansucht um eine Gemeindewohnung, diese Kautions an die Stadt zurückzahlen, das nur zum Motivenbericht. Ganz konkret zu Ihrer Frage, seit 2006 auch, seit ich zuständig bin, und das hängt auch zusammen, wenn Sie sich noch erinnern können, durch den Beschluss

im Parlament, dass Drittstaatsangehörige um eine Gemeindewohnung ansuchen können, führen wir im städtischen Wohnungsamt und jetzt im Eigenbetrieb Wohnen eine Statistik, wie der Anteil an Konventionsflüchtlingen, EU-BürgerInnen und Drittstaatsangehörigen ansteigt oder wie er sich entwickelt, das ist für mich und auch natürlich für die KollegInnen im Wohnungszuweisungsreferat ganz wichtig und dazu kann ich Ihnen gerne die Zahlen sagen. Aktuell mit Mai 2016, man kann das auch noch mit November aktualisieren, aber das haben mir meine KollegInnen jetzt übermittelt, ist die Anzahl der EU-BürgerInnen zehn Prozent, das ist gemessen an diesen ganzen zehn Jahren, der Anteil der Daueraufenthaltsberechtigten, das gilt eben ab 2006, weil vorher hatten die keinen Zugang, 16 % und der Konventionsflüchtlinge, das sind die politischen Flüchtlinge, 5,8 %. Also wenn man die drei jetzt zusammenzieht, beträgt die Anzahl 31,8 % der Familien und Personen, die in diesem Zeitraum zugewiesen worden sind. Das heißt im Gegenzug dazu, österreichische StaatsbürgerInnen sind dann 68,2 %. Nach der Herkunft, das ist natürlich noch einmal ein Unterschied, dafür haben wir keine Statistik bisher geführt. Müssten wir, weil wir früher ein altes System gehabt haben, das ist das Unik-System, da ist das nicht erfasst worden, da müssten wir ein eigenes System bei uns installieren, was technisch sicher möglich ist, kostet aber was und müssten wir sozusagen programmieren, dann kann man das natürlich auch nach den Herkunftsländern, also wenn man wissen will, sind das jetzt bosnische Staatsbürger oder sind das jetzt deutsche Staatsbürger, lässt sich sicherlich machen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Moser**: Danke, keine Zusatzfrage, ich bitte Sie, die Angaben schriftlich dem Klub zu übermitteln (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielleicht, dass die Frau Vizebürgermeisterin noch etwas ergänzt, weil das ist seit 2006 der Anteil...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Das habe ich aber eh gesagt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Den Anteil der Gesamtgemeindewohnungen drückt das noch nicht aus.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Wir haben ja Altmietler und Altmietlerinnen, die seit 50/60 Jahren drinnen sind, aber da muss man auch dazusagen, da ist nicht davon auszugehen, dass da der Anteil an MigrantInnen natürlich sehr hoch ist. Aber bei den Konventionsflüchtlingen ist es schon so, dass die seit 1945 so der Fall ist und auch bei EU-Bürgern, da ist es schon früher, also wenn man das noch zuvor anschauen will, müsste man jetzt wirklich auch die Altmietverträge sich noch anschauen. Also das ist wirklich bezogen seit 2006.

11) Ausstattung Jugendzentren

GR.ⁱⁿ **Ribo** MA stellt an StR. Ehmann folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Ribo** MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe KollegInnen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Stadtrat! In meiner heutigen Frage geht es um ein sehr wichtiges Thema – nämlich unsere Jugend. Die Jugendarbeit stellt einen bedeutenden Faktor in unserer Gesellschaft dar. Vor allem in dieser Lebensphase brauchen Jugendliche Orte, an denen sie sich wohlfühlen, wo ihnen soziale Kompetenzen mitgegeben werden, Orte, wo sie abschalten können und diese Orte sind Jugendzentren.

Mit dem Neubau der Jugendzentren Echo und Grünanger sowie der Sanierung der Dietrichskeusch'n werden wichtige Impulse für die Zukunft gesetzt, das ist natürlich sehr gut und wir unterstützen das voll und ganz. Angesichts einer wachsenden Stadt, und die Stadt Graz wächst ja, wie wir wissen, und eines steigenden Bedarfs an Unterstützung von jungen Menschen muss in den Jugendzentren eben dafür gesorgt werden, dass ausreichend Personal zur Verfügung gestellt wird, um eben entsprechende Öffnungszeiten (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) und eine professionelle Begleitung zu garantieren. Auch an der entsprechenden Ausstattung, um Freizeit- und Lernaktivitäten anbieten zu können, darf es nicht fehlen.

Daher stelle ich an Sie folgende

Frage:

Wie beurteilen Sie den Personalschlüssel sowie die räumliche Ausstattung in den Grazer Jugendzentren (*Applaus Grüne*)?

StR. **Ehmann**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich bin dankbar für Ihre Frage, denn dieses Thema ist tatsächlich ein ganz wichtiges und vor allem zukunftssträchtiges Thema. Die Frage lässt aber natürlich eine sehr breite Antwortmöglichkeit zu und im

Rahmen der Sitzungsdisziplin und der vorgegebenen Zeit möchte ich das ein wenig zusammenfassen. In Graz gibt es ja zur Zeit 13 Jugendzentren mit 58 angestellten MitarbeiterInnen aus den verschiedensten Bereichen der Sozialpädagogik, der Psychologie, Soziologie und vielem anderen und dies ist ja möglich durch die städtischen Mittel und eben die Kofinanzierung des Personals durch das Land Steiermark. Pro Jugendzentrum stehen gesamt 75 Wochenstunden zur Verfügung, die sich auf drei MitarbeiterInnen aufteilen und es wird natürlich Augenmerk auf gemischte Teams mit guter Synergie gelegt, an verschiedensten Qualifikationen, Fähigkeiten und Talenten und die erweiterten oder beziehungsweise die erwähnten drei MitarbeiterInnen, die es erst seit dem Jahr 2013 gibt, weil da konnte ja eine Aufstockung von zwei auf drei vorgenommen werden glücklicherweise, und auch im nächsten Jahr ist ein leichter Anstieg im Budget geplant, so es zustande kommt, sage ich auch dazu, um die Personalressourcen vor Ort erweitern zu können, was ja ein wichtiger Punkt ist. Auch die Mindestöffnungszeit soll von 16 Stunden zurzeit auf 20 Stunden pro Woche erhöht werden und zwei Stunden pro Woche wären geplant für das Einbringen von variablen Leistungen wie zum Beispiel Sonntagsöffnung oder Projekte, Ausflüge etc. Der Weg zu einer vitalen Jugendszene ist eben noch nicht zu Ende, logisch, doch der Weg ist seit 2005 aus unserer Sicht und aus meiner Sicht erfolgreich beschritten worden. Denn damals ging man davon aus von einem Personalkostenbudget von 319.000 Euro, heute sind es bereits 800.000. Mit der Neukonstituierung 2007 wurde auch die Grundlage von Kostentransparenz und eine Harmonisierung unter den Jugendzentren, nämlich mit vergleichbaren adäquaten Standards im Personalbereich, durchgeführt. Monatliche Treffen seit 2010 fördern eben Austausch und die Vernetzung der Angebote, also auch sehr sinnvoll natürlich, und mit 13 Zentren insgesamt ist die Grazer Jugendszene grundsätzlich gut aufgestellt, noch nicht am Ende, aber die Absicherung und Adaptierung dieser Standorte, wie Sie es auch ansprechen, steht natürlich im momentanen Vordergrund. In Kooperation mit der GBG wurde im Jahr 2014 eine Prüfung der städtischen Liegenschaften vorgenommen und gemäß der dabei festgestellten Dringlichkeit wird eben das

Jugendzentrum Echo, wie Sie wissen, und das Jugendzentrum Grünanger neu gebaut. Die Dietrichskeusch'n soll saniert werden. Beim Echo und beim Grünanger wird es außerdem ein Werkstättenangebot geben, für das ebenfalls Personal zur Verfügung stehen wird. Der Ausbau des Raum- und Beziehungsangebotes für Jugendliche ist eben ein permanenter Auftrag und erfordert beständige Reflexion und Entwicklung und so aus meiner Sicht würde ich momentan den Personalschlüssel und die räumliche Ausstattung in den Grazer Jugendzentren insgesamt beurteilen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Ribo** MA: Danke für die ausführlichen Informationen. Natürlich freut mich das sehr, dass auch daran gedacht wird, dass man weiter ausbaut, weil, wie gesagt, aufgrund unserer wachsenden Stadt ist es auf jeden Fall notwendig, vor allem auch, dass man die Öffnungszeiten, dass man da was ändern muss, das ist klar und meine Bitte an Sie oder Zusatzfrage ist einfach, sind Sie bereit, auch bei den Budgetverhandlungen sich eben für dieses Thema einzusetzen beziehungsweise dafür einzusetzen, dass wirklich genügend Personal dann für unsere Jugend zur Verfügung steht? Danke (*Applaus Grüne*).

StR. **Ehmann**: Frau Gemeinderätin, ich kann Sie beruhigen, die Projekte sind schon eingebracht (*Applaus SPÖ*).

12) Längere Öffnungszeiten der Grazer Bäder

GR. **Sikora** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Die Sommerferien sind zu Ende, das Wetter war zu

Schulbeginn noch so schön wie selten in diesem Sommer – die Grazer Bäder wurden mit Ausnahme der Auster trotzdem geschlossen. Vor zwei Jahren stiegen die Temperaturen im April regelmäßig über die 30-Grad-Marke – die Grazer Bäder blieben mit Ausnahme der Auster geschlossen. Das verwundert und verärgert viele Grazerinnen und Grazer. Sie wünschen sich, dass bei anhaltend schönem Wetter auch von Seiten der Holding Graz Freizeit Rechnung getragen wird. In Fürstenfeld oder Gleisdorf hatten die Bäder heuer eine Woche länger geöffnet, auch im Grazer Umfeld, da war ich selbst Zeuge, waren die Bäder länger geöffnet als im Großraum Graz. Ich denke, es kann in Graz nicht unmöglich sein, was andernorts kein Problem darstellt. Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Beteiligungsreferent, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Unter welchen Voraussetzungen wäre es möglich (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), die Öffnungszeiten der Grazer Bäder bei langfristig absehbar gutem Wetter künftig zu verlängern (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Ich habe die Frage selbstverständlich weitergegeben an den Geschäftsführer der Freizeitbetriebe von der Holding und darf Ihnen die Antwort mitteilen, die er gemacht hat. Er schreibt: Die Öffnungszeiten in Grazer Bädern werden nicht willkürlich festgelegt. Das Freizeitverhalten unserer Gäste, die Nachfrageveränderungen über Jahre und daraus resultierende Frequenzen, betriebswirtschaftliche Aspekte sowie die Lage der jeweiligen Bäder und deren Kapazitäten finden entsprechende Berücksichtigung. Die Freibäder werden im Regelfall mit Ende der Schulferien, der Freibereich der kombinierten Bäder Auster und Bad zur Sonne mit einem eigenen dafür eingerichteten Sonnendeck mit 30. September geschlossen. Durch das Bad zur Sonne und die Auster verfügen wir im September über eine Tageskapazität von 4.400 Gästen. In diesem September lag die durchschnittliche Auslastung aller Bäder, trotz dem guten Wetters im September bis

einschließlich 11. September, bei rund elf Prozent. Am Dienstag, dem 13. September nach Ferienende besuchten bei rund 28 Grad einzig 700 Gäste die Auster und dies bei einer Kapazität für 4.000. Wetterunabhängig lässt die Frequenz nach dem 15. August gravierend nach. Die Nachfrage ist auch am Saisonende an sehr heißen Tagen gering: 700 bis 1000 Gäste in einer Stadt mit rund 300.000 Einwohnern. Eine Verlängerung der Badesaison zwei Wochen trotz mangelnder Frequenz würde sich im Ergebnis aufgrund von Personal-, Reinigungs-, Energie-, Wasser- und Sicherheitskosten mit zumindest 70.000 Euro zu Buche schlagen.

Ich habe mir die Frage, Herr Gemeinderat, die Sie gestellt haben, ebenfalls schon öfters gestellt, nachdem ich sehr lange und viele Jahre neben dem Margarethenbad gewohnt habe. Aber ich habe auf der anderen Seite durchaus auch eingesehen, dass die Auslastung, es hat im letzten Jahr eine Verlängerung gegeben meines Wissens, aber dass eben die Auslastung und bei den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen diese Entscheidung sicherlich nicht zu befürworten ist (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sikora:** Zuerst einmal recht herzlichen Dank Herr Stadtrat für die Beantwortung. Ich hätte noch eine Zusatzfrage. Ich war selbst während der Zeit, wo die Grazer Bäder leider geschlossen waren, im Süden von Graz baden, dort ist reger Betrieb gewesen, also das Angebot wurde angenommen. Könnte es vielleicht sein, dass die Auslastung in Graz jetzt nicht so angenommen wird, dass die Auster ein relativ hohes Preisniveau hat mit 7,50 Euro die Tageskarte, das sind umgerechnet mehr wie über 100 Schilling, wenn man es noch in Schilling rechnen darf, also hätte ich mir seinerzeit nicht leisten können, 100 Schilling einen Tageseintritt zu kaufen. Wäre es möglich, dass vielleicht diese Preisgestaltung die Bevölkerung mehr oder weniger verschreckt, die Grazer Auster in Anspruch zu nehmen und dass deswegen die Grazer Auster nicht angenommen wird? Und wäre als Zusatzfrage vielleicht möglich, diese Preisgestaltung, vor allem in der Nachsaison, also nach dem 1. September, vielleicht in Angriff zu

nehmen und attraktiver zu gestalten, dass auch die Grazer Bäder dann mehr an Attraktivität gewinnen und auch an Auslastung gewinnen (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich kann diesen Vorschlag gerne weitergeben. Was aus meiner Sicht schon Gewicht hat, das sind eben die Frequenzergebnisse ab dem 15. August, da ist voll die Ferienzeit, da ist eben auch entsprechend heuer auch das Wetter sehr gut gewesen und da hat eben die Auslastung, so wie es der Geschäftsführer Krainer schreibt, eben auch nicht höher als 11 % betragen. Es ist auch eines immer wieder zu beachten, was wir gerne vergessen. Wir haben in Bezug auf unsere Größe mit den öffentlichen Freibädern, die gegeben sind, eine sehr, sehr hohe Ausstattungsichte, höher als Wien etwa, auf die Bevölkerung bezogen, und damit glaube ich auch, dass die Versorgung grundsätzlich in Ordnung ist. Wie gesagt, ich kann die Anfrage durchaus verstehen, aber ich verstehe auch die, vor allem in Zeiten mit durchaus harten Budgetvorgaben, die Antwort vom Geschäftsführer Krainer.